

Das Beste aus Saalfeld.

saalfeld. **OTZ**.de

Eklat bei Abstimmung um neue Straßenausbaubeitragssatzung im Stadtrat Saalfeld

Nach dem Ende der Winterpause wird in der Beulwitzer Straße in Saalfeld wieder gebaut. Auf dem Teilstück zwischen Feuerwehreinfaahrt und Friedhof bestimmen die Baumaschinen von Dohrmann das Bild. Dieser Bauabschnitt war im vergangenen Jahr zurückgestellt worden. Foto: Klaus Moritz

Der Saalfelder Stadtrat hat gestern Abend eine geänderte Straßenausbaubeitragssatzung mit höheren Beitragssätzen beschlossen. Doch nach Eklat bei Abstimmung ist unklar, ob die neue Satzung überhaupt Gültigkeit erlangt.

Saalfeld. Der Saalfelder Stadtrat hat gestern Abend im dritten Anlauf eine neue Straßenausbaubeitragssatzung beschlossen, die vor allem höhere Beitragssätze vorsieht.

Dass das Thema, nachdem es in den Sitzungen im September 2012 und Februar 2013 abgelehnt worden war, wieder auf die Tagesordnung kam, ist auf einen Antrag der CDU-Fraktion zurückzuführen. Die will in Gesprächen mit der Basis erfahren haben, dass die Bürger lieber eine Satzung mit höheren Beitragssätzen haben wollten als die Unsicherheit um die geltende Saalfelder Satzung, erklärte CDU-Mann Dr. Steffen Kania das Ansinnen seiner Fraktion. Am 4. April 2013 wird die Klage eines Saalfelder Bürgers gegen die alte Straßenausbaubeitragssatzung verhandelt. Wenn die alte als rechtswidrig eingeschätzt wird, könnte der Stadt eine Satzung mit noch höheren Beitragssätzen drohen, wie sie die Thüringer Kommunalordnung vorsieht. Der Gefahr wollte die CDU vorbeugen.

Die FDP-Fraktion hatte in ihrer Basisversammlung eine ganz andere Meinung gehört, wonach die Bürger nicht mit höheren Beitragssätzen belastet werden wollen, schilderte deren Fraktionsvorsitzender Joachim Heinecke.

Bärbel Wehrauch, Fraktionschefin der Linken, fühlte sich innerlich zerrissen, weiß sie doch um die finanziellen Probleme der Stadt ebenso wie der ihrer Wähler.

Für SPD-Fraktionschef Frieder Lippmann war die zu beschließende Satzung "das kleinste mögliche Übel". Sein Fraktionskollege Norbert Wosniak brachte als Alternative wiederkehrende Beiträge ins Spiel und warf der Verwaltung vor, nie richtig darüber nachgedacht zu haben.

Am vehementesten gegen die neue Satzung argumentierte Ralf Thomas (Freie Wähler), der es auf einen Machtkampf ähnlich David gegen Goliath ankommen lassen wollte und dem eine Klage bis vors Bundesverfassungsgericht am liebsten gewesen wäre um endlich geklärt zu wissen, inwieweit das Land Thüringen mit seiner Gesetzgebung in die kommunale Selbstverwaltung eingreifen darf.

Damit kam Thomas ebenso wenig durch wie mit seinen Anträgen auf geheime Abstimmung und Inkraftsetzung der neuen Satzung erst zum 1. Januar 2015. Letzteres hätte bedeutet, dass alle laufenden Straßenbaumaßnahmen nach der alten Satzung abgerechnet worden wären. Gefolgt ist der Stadtrat dem Antrag von Andreas Korn (CDU) auf namentliche Abstimmung.

Als es dann endlich so weit war, verließen neun der anwesenden Stadträte, sämtlich aus FDP, Freie Wähler und Linken-Fraktion, den Sitzungssaal, um nicht an der Abstimmung teilnehmen zu müssen.

Damit stimmten 14 von 32 Stadträten über die neue Straßenausbaubeitragssatzung ab - das 13-mal mit "Ja", Norbert Wosniak stimmte mit "Nein".

Unklar war gestern Abend, ob die neun sich der Abstimmung verweigerten Räte als Enthaltungen gewertet werden. In dem Fall wäre die Abstimmung gültig. Wird das Verlassen des Saales aber als nicht anwesend gewertet, wären nicht genug Stadträte anwesend gewesen, so dass die Abstimmung als ungültig zu werten wäre.

Ute Häfner / 21.03.13 / OTZ